

WAS DER POLITISCHE HERBST BRINGT – UND WAS NOCH FEHLT



To-Do-Liste für
den Standort
Österreich



Seite 7



EU-MERCOSUR

Eine Partnerschaft als Motor
für Wachstum

Seite 2



VORARLBERG

Bürokratieabbau? Ja bitte – aber nicht im
Schneckentempo!

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SECURITY & DEFENCE INDUSTRY

Investitionen stärken Europas
Industrie

Seite 4

EU-Mercosur: Motor für Wachstum

Das Mercosur-Abkommen ist nach zähen Verhandlungen endlich auf der Zielgeraden. Was es bringt – und wie es nun weitergeht.

Nach mehr als 25 Jahren zäher Verhandlungen steht das EU-Mercosur-Abkommen nun kurz vor dem Ziel. Mit der Freigabe des Vertragstexts durch die EU-Kommission ist ein weiterer entscheidender Schritt getan. Jetzt gilt es, den EU-Ratifikationsprozess rasch positiv abzuschließen und das Abkommen umzusetzen.

Gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftsflaute in Österreich sind Handelsabkommen ein wichtiger Konjunkturimpuls für die heimische Wirtschaft. Bereits heute sichern EU-Exporte nach Mercosur 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Zudem braucht es gerade jetzt (auch aufgrund der anhaltend erratischen US-Handelspolitik und des steigenden Protektionismus) regelbasierten Handel mit verlässlichen Partnern weltweit.

Was bringt das Mercosur-Abkommen?

Zum einen werden 91 Prozent der Zölle für EU-Exporte nach Mercosur (die etwa für Autos aktuell bei 35 Prozent oder für Maschinen bei bis zu 20 Prozent liegen) schrittweise abgebaut. Laut EU-Kommission könnte die vollständige Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von vier Milliarden Euro jährlich bewirken. Darüber hinaus wird durch das Abkommen der Zugang zum öffentlichen

Beschaffungsmarkt in den Mercosur-Staaten für europäische Exporteure verbessert und der Zugang zu für die grüne Transformation wesentlichen Rohstoffen erleichtert; auch technische Verfahren und regulatorische Hürden werden vereinfacht.

Außerdem bleiben die europäischen und österreichischen Standards im Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelbereich unberührt und vollständig erhalten. Beide Parteien verpflichten sich auch zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

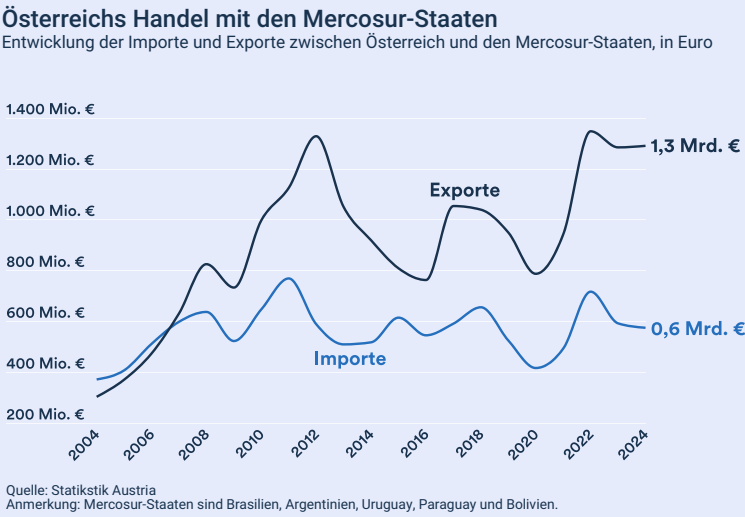
Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedsstaaten sowie in weiterer Folge am EU-Parlament, grünes Licht zu geben, sodass das Handelsabkommen in Kraft treten kann. Damit schlussendlich das gesamte Abkommen in vollem Umfang Gültigkeit erlangen kann, benötigt der zweite Teil des Abkommens, welcher mehrere Bereiche der politischen Zusammenarbeit umfasst, zusätzlich eine Annahme der nationalen Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten.



WEBTIPP

Alle Infos finden Sie unter:
www.iv.at



EU-USA-Deal: Das gilt für Exporteure

Weiterhin prägen große Unsicherheiten die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Überblick, was nun für die einzelnen Sektoren vereinbart wurde.

Die EU-Kommission hat mit der US-Regierung eine politische Einigung im Handelskonflikt erzielt und nun in einer gemeinsamen Erklärung verschriftlicht. Das Ziel, durch diese EU-US-Vereinbarung eine weitere Eskalation zu verhindern, ist grundsätzlich positiv.

Jedoch ist diese Vereinbarung rechtlich nicht bindend und viele zentrale Fragen in Bezug auf die Umsetzung sind weiterhin unbeantwortet. Auch nach der erfolgten Einigung bleiben die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen von großen Unsicherheiten geprägt.

Was gilt nun aktuell für europäische Exporteure?

Grundsätzlich wird für einen Großteil der europäischen Waren ein US-Einfuhrzoll von insgesamt 15 Prozent eingehoben. Sollten geltende WTO-Zollsätze der USA (das heißt: ohne die zwischenzeitlich verhängten und bisher gültigen Zusatzzölle von zehn Prozent) für gewisse EU-Waren diese 15 Prozent übersteigen, dann gilt der jeweils höhere Zoll. Jedenfalls sind diese Zölle weiterhin äußerst kritisch.

FAHRZEUGE UND FAHRZEUGTEILE



Der aktuell bestehende Zollsatz von 27,5 Prozent (2,5 Prozent + 25 Prozent Zusatzzoll) soll durch den neuen Zoll von insgesamt 15 Prozent ersetzt werden. Allerdings ist dies an die Einhaltung der EU-Zusage hinsichtlich des Zollabbaus auf industrielle Güter aus den USA gebunden. Ein entsprechender Verordnungsvorschlag seitens der EU-Kommission liegt vor. Es gilt nun abzuwarten, ob die USA die Zusage ihrerseits einhalten.

STAHL UND ALUMINIUM



Dieser Bereich ist nicht in der Vereinbarung enthalten. Das bedeutet, dass der aktuelle US-Zollsatz von 50 Prozent, welcher auch Waren mit einem Stahl- und Aluminiumanteil umfasst, weiterhin gültig ist. Hier braucht es dringend eine nachhaltige Lösung.

PHARMAZEUTIKA, HALBLEITER, HOLZ



Nach Abschluss der laufenden „Section 232“-Untersuchungen in diesen Sektoren sowie der Einführung weiterer US-Zölle darf der Zollsatz für EU-Waren in jenen Bereichen 15 Prozent nicht übersteigen.

AUSNAHMEN



Bestimmte Warengruppen, darunter Flugzeuge und Flugzeugteile, gewisse Chemikalien sowie bestimmte Rohstoffe sollen gänzlich von US-Zusatzzöllen ausgenommen sein. Das bedeutet, dass zukünftig in diesen Bereichen lediglich der WTO-Zollsatz greift.

EU-Zusagen und weitere Details

Ebenfalls enthalten sind Investitionszusagen von der EU in Höhe von 600 Mrd. Dollar sowie mehr Beschaffung von u. a. US-LNG und -Öl in Höhe von 750 Mrd. Dollar bis Ende 2028. Außerdem hat die

EU den Kauf von US-KI-Chips im Wert von 40 Mrd. Dollar zugesagt. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse sowie Kooperationen unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit.

Europa muss seine Hausaufgaben machen

Neben zentralen offenen Fragen hinsichtlich der Umsetzung wird auch der konkrete Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens über die Kompetenz des US-Präsidenten, in dieser Art und Weise Zollpolitik zu betreiben, den weiteren Weg der EU-US-Vereinbarung beeinflussen. Außerdem werden auch weitere Vereinbarungen der USA mit anderen Partnern eine Rolle spielen.

Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Europa muss seine Hausaufgaben machen und Abhängigkeiten minimieren. Dies betrifft die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und eine Vertiefung des Binnenmarkts sowie die Diversifizierung der europäischen Handelspartner. Allen voran bedeutet das die Umsetzung des vorliegenden Mercosur-Abkommens.

Wir brauchen ein deutliches Startsignal für die Erholung!

Es ist gut, dass die Regierung die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, bevor der Frust über die Standortbedingungen noch drastischere Folgen hat. Das Startsignal für den Aufschwung muss aber noch mutiger und deutlicher ausfallen.



Man kann der Bundesregierung nicht mehr vorwerfen, dass sie kein Problembewusstsein hätte: Die konjunkturelle Lage und die schwierige Situation der Industrie bestimmen Klausuren, Ministerräte und Medienauftritte. Allein die Antworten, die die politischen Akteure auf die mittlerweile gravierenden Probleme haben, sind noch zu leise und zu mutlos – hier muss deutlich mehr gehen. Wer meint, dass die Situation noch nicht schlimm genug ist, um zum Handeln zu zwingen, irrt.

Der „Aufschwung“, den manche am Horizont erkennen wollen, ist eine hauchdünne Verbesserung der Wirtschaftsleistung vom zweiten zum dritten Quartal – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Wirtschaft erneut etwas geschrumpft. Wir gehören

nach wie vor zu den wenigen Low-Performern in Europa. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Horváth-Studie, dass bereits die Hälfte der Investitionen großer heimischer Industrieunternehmen ins Ausland fließt. Der Frust über die Standortbedingungen in Österreich ist groß, heißt es in der Studie – wer in diesem Land unterwegs ist, kann dies nur unterstreichen!

Es ist gut, dass die Regierung erste dringend benötigte Maßnahmen setzt. Die Strompreiskompensation (SAG) – übrigens keine (!) Förderung – war überfällig und hilft der energieintensiven Industrie, zumindest die größten Wettbewerbsnachteile aufgrund hoher Energiekosten im Vergleich zu Mitbewerbern aus anderen europäischen Ländern auszugleichen. Der Standortfonds wird junge Innovationstreiber in ihrer Wachstumsphase

unterstützen. Und auch die Verdoppelung des Investitionsfreibetrags ist ein guter Schritt, doch mit einem Deckel von einer Million Euro zeigt sich: Die Schritte müssten viel größer sein. Die Investitionserfordernisse der Industrie hätten weitreichendere Maßnahmen gebraucht.

Dass die Koalition die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, ist richtig. Jede Maßnahme, die eher Symbolcharakter hat, jede Strategie, die geschmiedet, aber dann nicht ambitioniert umgesetzt wird, und jeder Gipfel ohne greifbare Ergebnisse werden die Unsicherheiten jedoch eher schüren, als sie zu lösen. Solange die fehlenden strukturellen (!) Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Sozialsystem und Bildung das Budgetloch immer größer werden lassen, fließen Milliarden dorthin, wo sie keine Wirksamkeit

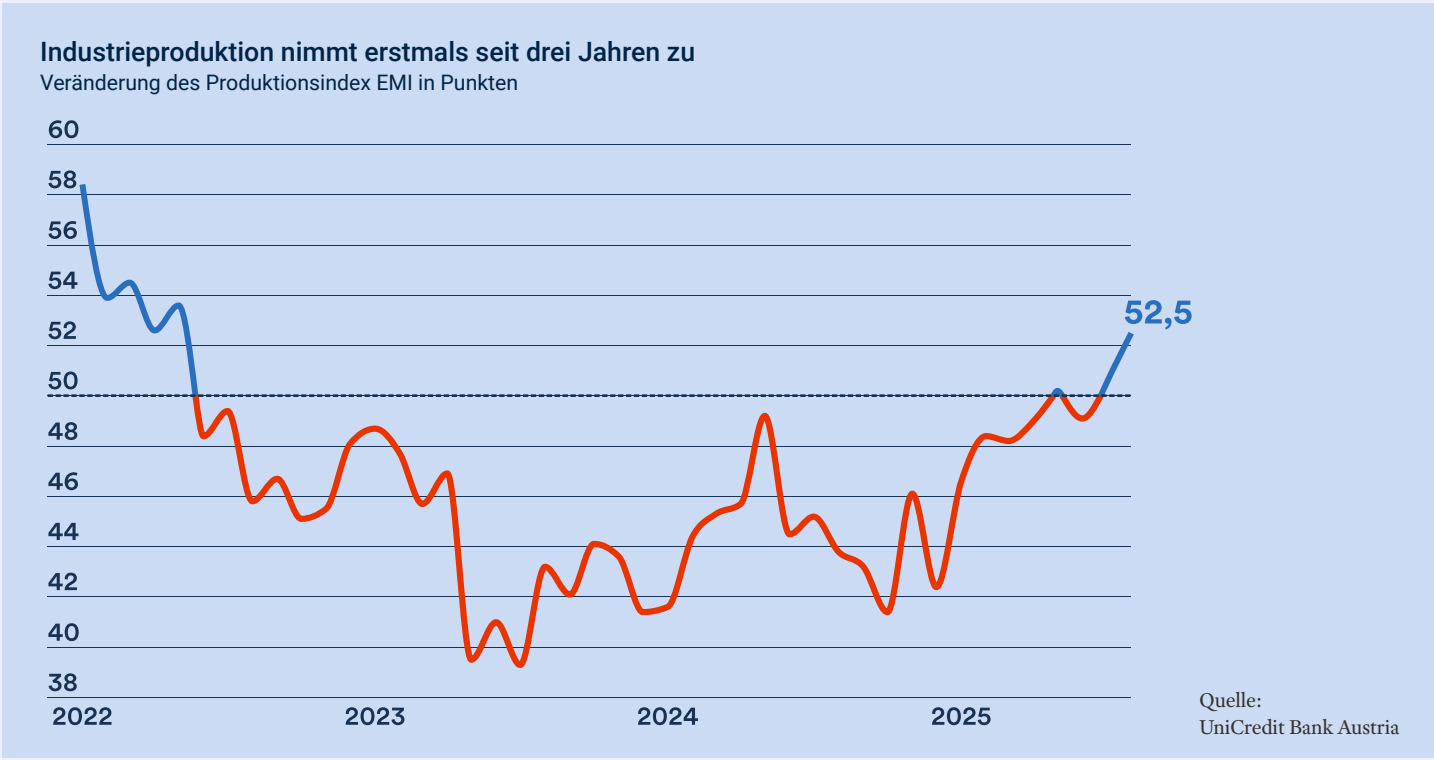
über den Status quo hinaus haben. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle, um Unternehmen zu entlasten, Investitionen anzuschieben, in die Zukunft zu investieren und uns damit endlich nachhaltig aus der fatalen Wirtschaftsflaute zu befreien. Wir haben in diesem Land ein Strukturproblem, das den möglichen konjunkturellen Aufschwung verhindert bzw. massiv dämpft. Die ersten Schritte im Sofortpaket der Regierung haben ein wenig Glaubwürdigkeit zurückgebracht – jetzt warten die Unternehmen auf ein wirkliches Startsignal, das Vertrauen in den Standort zurückbringen kann.

Ihr 
Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Im August 2025 stieg der Bank-Austria-Produktionsindex auf 52,5 Punkte und signalisierte damit erstmals seit knapp drei Jahren eine deutliche Ausweitung der Produktionsleistung in der österreichischen Industrie. Auch die Produktionserwartungen für die kommenden zwölf Monate waren mit 57,1 Punkten klar

positiv. Die weiterhin rückläufige Auftragsentwicklung deutet aber auf eine gedämpfte Wachstumsdynamik hin. Der starke Abbau von Vormateriallagern sowie das anhaltend hohe Tempo beim Personalabbau zeigen, dass die Unsicherheit aufgrund von US-Zöllen und geopolitischen Risiken nach wie vor groß ist.



Zahl des Monats

175.609
US-Dollar

investierte Österreich 2021 kauftkraftbereinigt in die Bildung jedes Schülers im Alter von sechs bis 15 Jahren. Innerhalb der OECD verzeichnete nur Norwegen mit 180.367 US-Dollar höhere Ausgaben. Trotz dieser hohen Kosten bleiben die Bildungsergebnisse in Österreich vergleichsweise durchschnittlich – beim PISA-Test 2022 erreichte Österreich im Bereich Mathematik lediglich den elften Platz unter den 38 OECD-Ländern.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, BG BRG BORG Oberpullendorf, IV Kärnten, IV Niederösterreich, Max Mayrhofer, IV Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV Tirol, IV, I. Schieder, Studio Fasching, ORF, Lukas Beck

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Kommission zur Weiterentwicklung des Wehrdiensts gestartet

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat eine Wehrdienstkommission eingesetzt. Ziel ist, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen.

Unter dem Vorsitz von Milizbeauftragtem Generalmajor Erwin Hameseder und Walter Feichtinger beraten in der neu eingesetzten Wehrdienstkommission 23 Experten über die Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie die Stärkung der Miliz. Den offiziellen Startschuss gab Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, die Kommissionsmitglieder wurden per Dekret ernannt. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand Anfang Juni statt, inzwischen hat sie mehrmals getagt.

Die Ziele sind, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen und eine verstärkte Übungstätigkeit zu gewährleisten. Hierfür soll die Kommission bis Ende dieses Jahres drei Modelle ausarbeiten und Bundesminister Tanner vorlegen.

Neben zahlreichen Vertretern des Verteidigungsressorts und weiterer

Ministerien sind auch die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, das AMS, Zivildienstorganisationen, die Bundesschuljugend und die Bundesjugendvertretung in der Kommission vertreten. Für die IV ist Vize-Generalsekretär Peter Koren Teil der Kommission.

Die IV hat sich bisher klar eingebracht und darauf hingewiesen, dass Wehr- und Sicherheitspolitik immer auch eine wirtschaftspolitische Dimension haben. Sicherheit und Industrie sind eng miteinander verknüpft. Erste Ergebnisse der Sitzungen sind bereits für Oktober geplant.

Die IV erkennt die sicherheitspolitische Bedeutung eines funktionierenden Wehrsystems ausdrücklich an – insbesondere in Zeiten wachsender globaler Instabilität. Gerade in einer Phase geopolitischer Unsicherheiten hat Sicherheit für die Industrie höchste Priorität; die IV bekennt sich klar



Klaudia Tanner überreicht Peter Koren das Dekret zur Ernennung zum Kommissionsmitglied.

zur gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Sicherheitsvorsorge und unterstützt den Ausbau einer gut aufgestellten, einsatzfähigen Miliz als zentrale Säule der umfassenden Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes.

Gleichzeitig müssen geplante Veränderungen – etwa eine Verlängerung des Präsenzdiensts oder verpflichtende Milizübungen – mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang gebracht werden. Betriebe stehen unter massivem Druck, etwa durch Arbeitskräftemangel und steigende Kosten – daher sind planbare, flexible Modelle für Milizübungen, die den Unternehmen und den Beschäftigten Handlungsspielraum lassen, das Ziel. Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze – sie müssen gemeinsam gedacht werden. Es geht um Lösungen, die sowohl die sicherheitspolitischen Erfordernisse als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich berücksichtigen.

Verteidigungsinvestitionen stärken Europas Industrie

Die IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ bündelt Expertise und zeigt, wie sicherheitspolitische Notwendigkeiten auch wirtschaftliche Chancen schaffen.

Die Industriellenvereinigung hat unter dem Vorsitz von Erwin Hameseder und Wolfgang Hesoun mit der IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ ein zentrales Forum initiiert, um gemeinsam mit führenden Unternehmen und Experten Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Maßnahmen zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrien in Österreich zu entwickeln. Ein zweites Treffen dieses Industrie-Thinktanks fand Anfang September unter großer Industriebeteiligung im Haus der Industrie statt.

Weniger Bürokratie, mehr Investitionen

Virtuell zu Gast war Generaldirektor Timo Pesonen von der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum der Europäischen Kommission. Er betonte die Handlungsnotwendigkeit in Brüssel bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der Industrie bei der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. Verteidigungsinvestitionen seien nicht nur eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern stärkten langfristig auch die wirtschaftliche Resilienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas. Mit dem Verteidigungs-Omnibus-Paket ziele die EU-Kommission darauf ab, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und



Beim zweiten Treffen der Taskforce war Verteidigungsexperte Timo Pesonen von der EU-Kommission virtuell zu Gast.

gezielte Anreize für private und öffentliche Investitionen zu schaffen, wobei die EU als Partnerin der Unternehmen auf diesem Investitionsweg agiere.

Weitere hochrangige Gäste waren u.a. Patrick Lobis, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Generalsekretär Severin Gruber, BMWET, und Rüstungsdirektor Harald

Vodosek, BMLV. Themen waren unter anderem die wichtige Rolle von industriellen Kooperationen für die technologische Entwicklung und Innovation, ihre sicherheitspolitischen und strategischen Aspekte sowie ihre große wirtschaftliche Bedeutung.

Aufbauend auf den umfassenden Mitgliederrückmeldungen wurden als



Kernthema des Zusammentreffens erste politische und rechtliche Aktionspunkte präsentiert und im Forum diskutiert. Die Ergebnisse werden im Oktober dem IV-Bundesvorstand vorgestellt und in der Folge bei den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern vertreten.

In den letzten Monaten ist es der IV bereits gelungen, die Themen der Taskforce verstärkt in die öffentliche Diskussion zu tragen. Durch zahlreiche Medienbeiträge konnte nicht nur die Sichtbarkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie deutlich erhöht werden, sondern auch die Relevanz der Industrieanliegen hervorgehoben werden – von der Rolle der Branche für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Bedeutung einer starken industriellen Basis für die nationale Sicherheit. Damit wurde den Anliegen zusätzlicher politischer und wirtschaftlicher Nachdruck verliehen.

Wichtige Schritte für Schlüsseltechnologien aus Europa

Die EU-Kommission hat Vorschläge für den Europäischen Competitiveness-Fonds und das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm vorgelegt. Bei den Verhandlungen muss sich Österreich aktiv einbringen.

Im Juli hat die Europäische Kommission den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zum nächsten EU-Budget (2028–2034) vorgelegt, der auch den Vorschlag für den neuen EU-Wettbewerbsfonds (ECF) und das neue EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) enthält. Der ECF soll entlang der gesamten Investitionskette Schwerpunkte für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit setzen, die jetzt in 14 Programmen adressiert werden (darunter auch Horizon Europe), und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 450,5 Mrd. Euro.

Es ist ein klarer Erfolg, dass das nächste Horizon Europe ein Stand-alone-Programm mit deutlich erhöhtem Budget (175 Mrd. Euro, +83 Prozent) werden soll, das zudem auch zweckgebunden ist. Die IV hat sich dafür zusammen mit

Mitstreitern intensiv auf EU- sowie nationaler Ebene eingesetzt und wird weiterhin eine starke Ausstattung mit mindestens 200 Mrd. Euro einfordern.

Das neue Horizon Europe soll weiterhin aus vier Säulen bestehen; die zweite Säule enthält einen „Competitiveness“-Teil, der auch mit dem Competitiveness-Fonds verbunden ist, und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 76 Mrd. Euro. Die zweite Säule ist zwar absolut gesehen gewachsen, allerdings anteilig geringer als das Gesamtbudget, obwohl gerade mit dem Competitiveness-Teil der zweiten Säule das wichtige EU-Ziel der Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit adressiert wird.

Österreich ist im EU-Forschungsrahmenprogramm Nettoempfänger und sehr erfolgreich – insgesamt hat Österreich bisher im derzeitigen Programm, das noch mehr

als zwei Jahre weiterläuft, 1,44 Mrd. Euro zurückgeholt. Hohe Rückflüsse zeigen sich insbesondere in der zweiten Säule, in der grenzüberschreitende, interdisziplinäre F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht werden. Das neue Horizon Europe muss weiterhin besonderen Fokus auf kollaborative Projekte und Partnerschaften legen, die zentraler Motor und Träger für Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa sind, wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts auf Basis von 32 Leitbetrieben mit EU-F&E-Aktivitäten in Österreich zeigt. So erwarten befragte Unternehmen einen sehr hohen Nutzen des nächsten Horizon Europe für ihre Wettbewerbsfähigkeit – zudem rangiert das Programm auf Platz drei unter den Standortfaktoren. Top-Motive für die Teilnahme an kooperativen EU-F&E-Projekten sind Risiko- und Kostensenkung,

Beschleunigung der nachhaltigen Transformation, Sondierung neuer Themen, Zugang zu Schlüsseltechnologien und neuen Partnern, die Positionierung in strategischen Wertschöpfungsketten sowie Beschleunigungseffekte. Zudem zeigt sich klar, dass europaweite F&E-Kooperationen den Zusammenhalt der europäischen Industrie und ihrer Wertschöpfungsketten festigen. Ziel muss es daher sein, dass die zweite Säule des nächsten Horizon Europe auch anteilig im gleichen Ausmaß wie das Gesamtprogramm gestärkt wird.

Die Verhandlungen stehen vor der Tür – Österreich muss sich zusammen mit verbündeten Mitgliedsstaaten aktiv dafür einsetzen, dass der ECF und insbesondere das nächste Horizon Europe nun ein echter Hebel zur Stärkung der europäischen Industrie sowie von Schlüsseltechnologien aus Europa werden.

„MINToring“ vernetzt junge Technikerinnen

Die MINTality Stiftung startet in den MINT-Regionen das Pilotprojekt „MINToring“ mit dem Ziel, mehr Mädchen und junge Frauen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen.

Die MINTality Stiftung startet mit dem „MINToring 2025/26“ ein Programm speziell für Mädchen bzw. junge Frauen, die sich auf unterschiedlichsten MINT-Ausbildungswegen befinden und sich gegenseitig unterstützen wollen. MINT-interessierte Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 25 Jahren werden miteinander vernetzt, systematisch gestärkt und auf ihrem Bildungsweg kontinuierlich über ein Jahr begleitet. Zielsetzung ist, mehr Mädchen und junge Frauen für eine Bildungs- und Berufswahl im MINT-Bereich zu begeistern und sie auf diesem Lernweg aktiv zu unterstützen. Nach der Pilotphase 2025/26 in Kooperation mit den drei MINT-Regionen Traunviertel, Obersteiermark und Wien-West wird das Programm nun österreichweit ausgerollt.

Mutige Mädchen, starke Frauen

Im Zentrum des MINTorings steht das MINToring-Duo: eine MINTee (Schülerin am Ende der Unterstufe bzw. der Oberstufe) wird mit einer MINTorin (HTL-Schülerin, Lehrling im dritten oder vierten Ausbildungsjahr oder MINT-Studentin) mit geringem Altersunterschied gematcht. Über elf Monate hinweg treffen sich MINTee und MINTorin regelmäßig – persönlich oder online – und nehmen an inspirierenden MINT-Aktivitäten, organisiert durch die MINTality Stiftung und die MINT-Regionen, teil. Das außerschulische Programm ist kostenlos und für alle offen, die ihren MINT-Ausbildungsweg gemeinsam gehen wollen. Besonders Unternehmen sind eingeladen, ihre weiblichen MINT-Lehrlinge als MINTorinnen für das Programm zu nominieren und



damit jungen Mädchen aus der Unterstufe ein greifbares Vorbild aus der Praxis zur Seite zu stellen.

Mitwirkungsmöglichkeit für Unternehmen

Die MINTality Stiftung sucht weibliche MINT-Lehrlinge (3. bis 4. Lehrjahr), die das MINToring 2025/26 unterstützen möchten. Außerdem ermöglicht MINTeraction ab 2026/27 das praxisnahe Ausprobieren sowie das Kennenlernen von MINT-affinen Unternehmen in der Region für Mädchen bzw. junge Frauen.

Die MINTality Stiftung wurde 2022 von Therese Niss gemeinsam mit neun Unternehmen (Miba, Fronius, Greiner, TGW, Oberbank, KNAPP, Magna, umdasch und A1), der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) sowie der Innovationsstiftung für Bildung

(ISB) ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel ist es, mehr Mädchen für Technik zu begeistern und sie zu ermutigen, eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Bereichen zu ergreifen.



MINToring 2025/26

Bewerbung für weibliche Lehrlinge bis 13. Oktober 2025: <https://forms.office.com/e/R5WwHeS145>

MINTeraction

Kontakt für Unternehmen: office@mintality.at



Was der politische Herbst der Industrie bringt

Vom „Sofortpaket“ für die Wirtschaft bis zur Industriestrategie – die Regierung hat sich diesen Herbst viel vorgenommen. Mutige Reformen lassen derzeit jedoch noch auf sich warten.



„Es braucht jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten und Investitionen zu stärken.“

Georg Knill,
IV-Präsident

es jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten, Investitionen zu stärken und Österreich langfristig auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzuführen“, betont Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Herbstlohnrunde und Fachkräftemangel

Angesichts der hohen Inflation werden heuer wieder alle Augen auf die Herbstlohnrunden gerichtet sein: Die zugrunde liegende Durchschnittsinflation liegt diesmal bei 2,8 Prozent. Höher war sie – lässt man die Jahre 2022 bis 2024 beiseite – in den letzten 30 Jahren nur 2001 und 2008. Die hohen Lohnstückkosten haben die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber anderen Ländern in Europa massiv unter Druck gebracht. Zu diesen Unwegsamkeiten kommen in Österreich deutlich zu hohe Energiepreise und die demografische Verschiebung, die soziale Sicherungssysteme unter Druck bringt – insbesondere das Pensionssystem, das immer mehr aus dem öffentlichen Budget bezuschusst werden muss. Und gleichzeitig wird sich in den kommenden Jahren parallel zum Aufschwung der Arbeits- und Fachkräftemangel zurückmelden und verschärfen. In der Industrie fehlt vor allem auch der qualifizierte Nachwuchs – eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), die die IV gemeinsam mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie (FMTI), dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL) und dem Österreichischen Verband für Elektrotechnik (OVE) in Auftrag gegeben hat, zeigt das deutlich. Aktuell bleibt österreichweit jede vierte Stelle unbesetzt, für die es junge Menschen mit fundierter HTL-Ausbildung bräuchte. Die Studie beziffert die Lücke derzeit mit 10.000 HTL-Absolventen. Bis 2030 droht der Mangel auf 16.000 junge Technikerinnen und Techniker anzuwachsen – 40 Prozent dieser Stellen blieben dann unbesetzt.

Erstes „Sofortpaket“ für die Wirtschaft

Viele der Schwierigkeiten, vor denen die heimische Wirtschaft steht, will die Regierung schnell angehen. Auch für den Herbst stehen wichtige Weichenstellungen auf der Agenda. „Die Herausforderungen sind groß: hohe Inflation, verhaltenes Wachstum und geopolitische Unsicherheiten. Der Weg zum notwendigen Aufschwung ist kein Sprint, sondern ein Marathon, den wir bereit sind, in Angriff zu nehmen“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bei der Präsentation des ersten „Sofortpakets“ für die Wirtschaft Anfang September. Das geschnürte Paket soll ein Volumen von einer Milliarde Euro umfassen, die im Wesentlichen durch Umschichtungen im Budget freigemacht wurde – insbesondere durch Kürzungen bei Förderungen. Kern des Pakets ist die Verdopplung des Investitionsfreibetrags von zehn auf 20 Prozent und bei ökologischen Investitionen von 15 auf 22 Prozent für ein Jahr ab 1. November. Für die Industrie geht die rund 200 Millionen Euro teure Maßnahme nicht weit genug – die Investitionserfordernisse seien viel höher: „Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen, um die Investitionstätigkeit im Land zu steigern“, so Knill.

„Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Positive Signale gibt es derzeit vor allem im Bereich der hohen Energiepreise. So hat Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG) in Begutachtung geschickt. (Wenn dieses Heft erscheint, wird das SAG bereits kurz vor dem Beschluss stehen.) Für heuer und nächstes Jahr sollen jeweils bis zu 75 Millionen Euro für energieintensive Unternehmen mit einem Verbrauch von mehr als einer Gigawattstunde ausgeschüttet werden. Die Mittel, die Unternehmen aus dem SAG erhalten, müssen fast vollständig reinvestiert werden – 50 Prozent davon in Energieeffizienzmaßnahmen. „Die Strompreiskompensation ist ein zentrales Anliegen der Industrie und trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver

Unternehmen bei“, so Knill. Noch heuer sollen auch die zwei zentralen Energiegesetze (das Elektrizitätswirtschaftsgesetz, ElWVG, und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, EABG) im Parlament beschlossen werden. Nicht zuletzt steht die UVP-Novelle auf der Herbst-Agenda der Bundesregierung.

Mit Spannung erwartet wird die genaue Ausgestaltung des Anfang September angekündigten Standortfonds, der über den Dach-Fonds für innovative Startups und Spinoffs in der Wachstumsphase hinausgehen dürfte. Der Standortfonds soll auch Energienetzinfrastruktur mitfinanzieren. Noch im September wird sich darüber hinaus ein eigener Ministerrat zentral dem Thema Entbürokratisierung widmen. „Es braucht dringend einen Befreiungsschlag – erste Schritte durch Maßnahmen wie den Abbau unnötiger Berichtspflichten und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sind auch in diesem Bereich erkennbar“, kommentiert der IV-Präsident. Noch im Herbst will die Regierung die Reformpartnerschaft vorantreiben – dabei sollen auch Maßnahmen gesetzt werden, um die Energiepreise für Haushalte und Unternehmen zu senken sowie Verwaltungsabläufe deutlich zu straffen. Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt neu will die Regierung noch im Herbst abschließen. Und schließlich werden im September erste Ergebnisse der angekündigten Industriestrategie vorliegen.

Es braucht weitere mutige Schritte

Bei dringend notwendigen Struktur-reformen zeigt sich die Regierung jedoch noch zurückhaltend. Im Frühjahr wurde eine Anhebung der Korridor-pension beschlossen. Ab 2026 steigt das frühestmögliche Eintrittsalter in der Korridor-pension von 62 auf 63 Jahre und auch die Teilpension wird ab 2026 möglich sein. Gleichzeitig bringt die Regierung diesen Herbst ein Flat-Tax-Modell für Menschen, die über das gesetzliche Pensionsalter hinaus freiwillig weiterarbeiten, auf den Weg. Diese Schritte gehen für Knill in die richtige Richtung, seien aber zu wenig ambitioniert, um der demografischen Herausforderung im Pensionssystem und am Arbeitsmarkt adäquat zu begegnen. „Die zentralen budgetären Herausforderungen wie zum Beispiel im Pensionssystem oder in der Verwaltung bleiben weiterhin ungelöst. Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es weitere mutige Schritte“, so Knill abschließend.

TO-DO-LISTE FÜR DEN STANDORT ÖSTERREICH

Ausgewählte wichtige Standortmaßnahmen, um wieder auf die Überholspur zu kommen.

- ☒ Strompreiskompensation für energieintensive Industrie
 - ☒ Wichtige Energiegesetze
 - ☒ Erhöhung Investitionsfreibetrag
 - ☒ Schaffung Standortfonds
-
- ☐ Große Strukturreformen
 - ☐ Entlastung Faktor Arbeit
 - ☐ Absicherung des Fonds Zukunft Österreich
 - ☐ Umfassende Entbürokratisierungsoffensive

Schulstart als Reformsignal

Das neue Schuljahr startet mit zahlreichen Neuerungen – darunter viele, für die sich die Industriellenvereinigung schon lange einsetzt. Jetzt müssen die nächsten Schritte entschlossen gegangen werden.



Mit dem Schulstart im Osten Österreichs treten zahlreiche Neuerungen in Kraft, die den Bildungsbereich spürbar verändern. Viele dieser Schritte

greifen zentrale Forderungen der Industriellenvereinigung auf; vom Ausbau der Planstellen über die Stärkung der Deutschförderung bis hin zu mehr Unterstützung für Schulleitungen. Damit zeigt sich: Zahlreiche Anliegen der IV sind bereits in Umsetzung, erste Erfolge werden sichtbar.

Wirtschafts- und Finanzbildung gestärkt

Ein wichtiges Beispiel ist die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzbildung – ein weiterer Schritt in jene Richtung, die die IV seit Jahren fordert. Ab dem Schuljahr 2025/26 wird das Wirtschaftskundliche Realgymnasium (WIKU) neu positioniert: Kernstück ist der neue Unterrichtsgegenstand „Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit“ in Unter- und Oberstufe. Damit erhalten Schülerinnen und Schüler praxisnahe Kompetenzen, um optimal auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereitet zu sein.

Entbürokratisierung schafft Freiraum

Positiv zu bewerten ist auch die angekündigte Entbürokratisierung: Weniger Erlässe schaffen bei gleichzeitig klaren Strukturen Raum für die Kernaufgaben der Pädagoginnen und Pädagogen. Genau hier hatte die IV wiederholt Verbesserungen eingefordert. Ein entlastetes Schulsystem kann sich stärker auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen sowie die Förderung der individuellen Potenziale aller Schülerinnen und Schüler.

Reformpartnerschaft braucht Tempo

Ein weiterer zentraler Punkt ist die gestartete Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Städten. Sie eröffnet die Chance, endlich jene strukturellen Probleme anzugehen, die Österreichs Schulsystem seit Jah-

ren belasten: Kompetenzzersplitterung, Doppelgleisigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten. Die IV begrüßt diesen Prozess ausdrücklich – es braucht nun konkrete Entscheidungen und rasche Umsetzungsschritte.

Bildung als Standortfrage

Bildung ist nicht nur ein individuelles Recht und eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine entscheidende Standortfrage – Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft hängen unmittelbar davon ab, ob es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen mitzugeben und so die Fachkräfte von morgen auszubilden. Dass viele bildungspolitische Maßnahmen nun im Sinne der IV auf den Weg gebracht wurden, ist ein positives Signal. Entscheidend wird jedoch sein, dass die Reformen nachhaltig umgesetzt und im Schulalltag spürbar werden.

Salzburg Summit: Europas Kompass in der „Rough New World“

Strategische Orientierung, wirtschaftliche Resilienz und technologische Führungsansprüche waren zentrale Themen des Salzburg Summit, der auch heuer wieder zu einem internationalen geopolitischen Dialog lud.

Unter dem Leitmotiv „Rough New World – Navigating Through Insecurities“ fand Ende Juli der sechste Salzburg Summit der Industriellenvereinigung statt. Mehr als 650 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten über Europas Rolle in einer zunehmend unsicheren Welt. Georg Knill, Präsident der IV, forderte in seiner Eröffnungsrede einen klaren Kompass für Europa – basierend auf Freiheit, Verantwortung, Innovationskraft,

Weltoffenheit und wirtschaftlicher Stärke. In diversen Panels und Interviews stellten prominente Persönlichkeiten wie David Petraeus (ehem. CIA-Direktor), Christian Lindner (ehem. deutscher Finanzminister) und Joschka Fischer (ehem. Vizekanzler Deutschlands) zentrale Fragen zu geopolitischer Stabilität, Finanzierung und Machtverschiebungen in den Fokus.

Ein Schwerpunkt lag auf Europas wirtschaftlicher Basis für strategische Sicher-

heit. Top-Speaker wie Nicola Beer (EIB), Michael Strugl (Verbund) und Valerie Brunner (RBI) betonten die Notwendigkeit langfristiger Investitionen, der Diversifizierung von Energiequellen sowie der Sicherung kritischer Rohstoffe. Christian Lindner kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik Europas als zu regulierungs- und umverteilungsorientiert und warb für tragfähige Strukturreformen – „Schulden sind nur vorgezogener Wohlstand“. Andere Programmpunkte be-

leuchteten Europas Potenzial in der Biotechnologie, insbesondere durch stärkere transatlantische Kooperationen; zudem ging es um Bürokratieabbau, Medienwandel, künstliche Intelligenz sowie transatlantische Politik. Der Summit stellte eindringlich klar, dass Europa aktiv handeln muss: Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovationskraft sind keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen, um in der „Rough New World“ handlungsfähig zu sein.



V.l.n.r.: Johannes Hahn, Claudia Plakolm, Karoline Edtstadler, Sabine Herlitschka, Georg Knill, Barbara Eibinger-Miedl, Alexander Pröll.



Der ehemalige deutsche Vizekanzler Joschka Fischer.



Der rumänische Präsident Nicușor Dan.



Der ehemalige deutsche Finanzminister Christian Lindner.



IV-Präsident Georg Knill.

Zweiter Jungunternehmertag der Jungen Industrie in Telfs

Zum zweiten Mal fand der bundesweite Jungunternehmertag statt, bei dem in Tirol alles im Zeichen von Innovation stand.

Am 29. August fand in Telfs der zweite bundesweite Jungunternehmertag der Jungen Industrie statt. Nach dem Auftakt im Vorjahr in Graz kam die junge Unternehmergeneration diesmal in Tirol zusammen, um sich über Zukunftsthemen auszutauschen, voneinander zu lernen und neue Kontakte zu knüpfen. Schon am Vorabend bot das Sommerfest der IV Tirol Gelegenheit, sich einzustimmen und in geselliger Atmosphäre zu starten.

Eröffnet wurde der Tag von der Bundesvorsitzenden Julia Aichhorn und dem Vorsitzenden der JI Tirol, Eduard Fröschl. Unterstützt wurden sie dabei von JI-Tirol-Vorstandsmitglied Christoph Mederle, der die Räumlichkeiten bei den Thöni Industriebetrieben zur Verfügung stellte und mit seiner Gastfreundschaft für den passenden Rahmen sorgte.

Der diesjährige Jungunternehmertag stand dabei ganz im Zeichen von Innovation – einem der zentralen Zukunftsthemen für die Industrie. Die Industrie steht heute in einem Umfeld, das von rasantem technologischem Wandel und globalem Wettbewerb geprägt ist; Innovation ist der Schlüssel, um Fortschritt zu gestalten und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Sie eröffnet neue Möglichkeiten und schafft die Basis für nachhaltiges Wachstum, das vor allem für die kommenden Generationen entscheidend sein wird.

Die Keynote von Juris Ulmanis von Alpine Quantum Technologies schlug die Brücke von der Theorie zur Praxis: Er machte deutlich, welche Chancen die Technologie eröffnet und welches enorme Potenzial noch in ihr steckt, das es zu erforschen gilt.

Wie schon im Vorjahr konnten die Teilnehmenden anschließend aus mehreren Workshops wählen, die parallel stattfanden und unterschiedliche Schwerpunkte rund um das Thema Innovation setzten: Anke van Beekhuis widmete sich der Frage, wie eine High Performance Culture in Unternehmen aufgebaut und gelebt werden kann; Eva Zangerle von der Universität Innsbruck zeigte gemeinsam mit Julian Just, welche Chancen eine klare KI-Strategie bietet und wie Betriebe das Potenzial von KI nutzen können; Constantin Krenn von Simon-Kucher thematisierte, wie Innovation, KI und Effizienz den Vertrieb verändern.

Am Nachmittag folgte eine zweite Workshop-Runde: Michael Zoller von Accenture gab Einblicke rund um die Themen IT-Risiken und Cybersecurity; Marcus Ager, Sonja Deutschmann und Florian Meindl von BDO beleuchteten im „Fit and Proper Check Next Generation“ die Kompetenzen, die junge Unternehmerinnen und Unternehmer



V.l.n.r.: Christoph Knogler, Julia Aichhorn und Eduard Fröschl beim Jungunternehmertag.

für ihren Weg benötigen; parallel dazu erläuterte Anatol Dietl von Wildhack & Jellinek praxisnah, wie Patente, Marken und Designs Innovationen absichern können.

Ein besonderes Highlight bildete das Kamingespräch mit Christoph Knogler, CEO der KEBA Group und Leiter der IV-KI-Taskforce – er zeigte mit konkreten Beispielen und Erfahrungswerten aus seinem Unternehmen, wie vielseitig und effektiv künstliche Intelligenz eingesetzt werden kann.

Abgerundet wurde der Tag durch ein gemeinsames Afterwork in Telfs. In entspannter Atmosphäre konnten Gespräche fortgeführt, neue Kontakte vertieft und Eindrücke des Tages reflektiert werden.

Der zweite Jungunternehmertag in Tirol war damit ein voller Erfolg. Ein herzlicher Dank gilt allen, die diesen Tag möglich gemacht haben – insbesondere den Vortragenden für ihre Zeit und den wertvollen Input sowie der Landesgruppe Tirol für ihre tatkräftige Unterstützung!



INNOVATION ALS ÜBERLEBENSFAKTOR

Warum Österreich ohne neue Ideen den Anschluss verliert.

Österreich ist ein Land der Tradition – das ist unsere Stärke, aber zunehmend auch unsere Schwäche. Während andere Regionen Milliarden in Forschung, Digitalisierung und KI investieren, diskutieren wir hierzulande über kleinteilige Regulierungen und geraten ins endlose Mikromanagement. Dabei ist klar: Ohne Innovation gibt es keine Wertschöpfung, ohne Wertschöpfung keinen Wohlstand.

Gerade die junge Generation spürt das besonders – sie will Neues wagen, Startups gründen und Technologien ausprobieren. Doch allzu oft stößt sie dabei auf starre Strukturen, Bürokratie und politische Mutlosigkeit. Wenn wir jungen Menschen in Österreich nicht die Chance geben, ihre Ideen hier zu verwirklichen, dann gehen sie dorthin, wo es einfacher ist – und mit ihnen wandern nicht nur Talente ab, sondern auch die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Industrie ist der Motor für Arbeitsplätze und Investitionen, aber dieser Motor braucht den Treibstoff von morgen: mutige Ideen, Forschungsgelder und ein innovationsfreundliches Umfeld. Wer glaubt, Österreich könne im internationalen Wettbewerb mit „Business as usual“ bestehen, irrt gewaltig: Die USA, China und zunehmend auch Indien ziehen in Sachen Innovationskraft längst davon. Wir dürfen die junge Generation nicht in einem Land zurücklassen, das lieber alte Strukturen verteidigt, statt neue Wege zu ermöglichen.

Wir brauchen endlich eine Innovationsagenda, die diesen Namen verdient: mit Rahmenbedingungen, die Kapital für Investitionen ermöglichen, einer Bürokratie, die Innovation erleichtert statt verhindert, und Technologieoffenheit, die neue Ansätze nicht von vornherein ausschließt. Am Ende entscheidet vor allem eine Offensive in der MINT-Bildung, ob wir den jungen Menschen das Rüstzeug geben, um Österreichs Zukunft zu gestalten.

Innovation ist kein Luxus, sondern unsere Überlebensstrategie. Je länger wir das verdrängen, desto teurer wird es – vor allem für die kommende Generation.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Franziska Sumberaz folgt Valentin Falb.

Franziska Sumberaz ist neue Bundesgeschäftsführerin der Jungen Industrie. Die 31-Jährige folgte im September auf Valentin Falb, der die Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung seit 2021 leitete und diese inhaltlich wie organisatorisch stark geprägt hat.

Sumberaz ist seit 2023 Teil der Jungen Industrie und hat in dieser Zeit die strategische Positionierung entscheidend mitgestaltet. Die studierte Kommunikationsexpertin war zuvor mehrere Jahre selbstständig tätig und bringt Erfahrung in Kommunikation und Marketing mit. Künftig möchte sie die Sichtbarkeit der Organisation ausbauen und zentrale industrie- sowie gesellschaftspolitische Zukunftsthemen in den Vordergrund rücken.



Bürokratieabbau? Ja, bitte – aber nicht im Schneckentempo!

Wann wird eigentlich das zentrale Versprechen der neuen Vorarlberger Landesregierung von weniger Bürokratie, schnelleren Verfahren und mehr Service für Bürger und Betriebe eingelöst? Statement von IV-GF Simon Kampl.

Im Herbst 2024 trat die neue Landesregierung mit großen Ambitionen an. Eines ihrer zentralen Versprechen: weniger Bürokratie, schnellere Verfahren, mehr Service für Bürger und Betriebe. Im Regierungsprogramm wurde sogar eine eigene Stelle für Bürokratieabbau angekündigt – ein klares Signal, das Hoffnung auf echte Entlastung machte.

Knapp ein Jahr später spüren wir davon weiter nichts.
Auf Nachfrage der Medien kam Mitte Juli 2025 schließlich die nächste Ankündigung: Die Stellen für die neue Entbürokratisierungsstelle würden „nun ausgeschrieben“. Eine überfällige Reaktion auf wachsende

Ungeduld – unter anderem von uns als Industriellenvereinigung Vorarlberg.

Und jetzt?
Sieben (!) Wochen später findet sich auf der Website des Landes endlich diese Ausschreibung; also über 300 Tage nach Antritt der aktuellen Landesregierung. Mehrfach angekündigt, immer wieder verzögert – leider ein Lehrbeispiel für die systemische Trägheit, die viele Unternehmen tagtäglich erleben. Dabei ist Bürokratieabbau die einfachste Form der Entlastung; und sie kostet den Staat keinen Euro. Keine Subvention, keine Zusatzstellen – im Gegenteil: weniger Reibungsverluste, kürzere Wege, schnellere Entscheidungen. Und das alles in einem

angespannten wirtschaftlichen Umfeld, in dem Tempo und Klarheit mehr zählen als je zuvor. Insgesamt benötigt die Vorarlberger Verwaltung nach der Landtagswahl also ein Jahr, um diese Anlaufstelle für den Bürokratieabbau einzurichten. Wie lange es nun wieder dauern wird, bis dieser Startschuss zu echter Bewegung führt, ist unklar. Entscheidend wird jedenfalls sein, dass dieser Schritt keine Alibiaktion bleibt, sondern mit echter Kompetenz, Wirkung und politischem Rückhalt ausgestattet wird. Wer die Bürokratie nicht bekämpft, sondern vor sich herschiebt, darf sich über wachsenden Frust in der Wirtschaft nicht wundern. Ob wir gleich eine Effizienzbehörde wie Elon Musks DOGE brauchen, sei dahingestellt. Aber eines wäre wünschenswert: dessen Tempo, dessen Pragmatismus und dessen Haltung – anpacken statt verwalten.

Was es jetzt braucht:
Eine Verwaltung mit Servicegedanken:

- Bürger und Unternehmen sind keine Bittsteller, sondern Partner eines funktionierenden Standorts.
- Mut zur Vereinfachung statt Angst vor Veränderung – auch bei internen Abläufen und Standards.
- Das Bewusstsein, dass Wettbewerbsfähigkeit kein Verwaltungsvorgang ist.
- Mehr Tempo bei wichtigen Projekten.
- Planungssicherheit und ein „Fast-Track“-Verfahren für strategische Investitionen – etwa bei Energie-, Betriebs- und Bauvorhaben.

- Einführung einer Plattform zur digitalen Verfahrensabwicklung – wie in Oberösterreich.
- Weniger Regulierung, mehr Effizienz:
 - Gesetzliche Verpflichtung zur Bürokratie-Reduktion – durch „One-in-one-out“ und „Sunset-Klauseln“.
 - Ein „Once-only“-Prinzip bei Datenabfragen – was einmal erfasst wurde, muss nicht erneut eingereicht werden.

Wir bleiben dran – als konstruktive Stimme, als kritischer Begleiter und als Partner für einen starken Standort Vorarlberg.

Simon Kampl, MSc., Geschäftsführer der Industriellenvereinigung Vorarlberg



BÜROKRATIE



WEBTIPP

Alle unsere Forderungen an die Landesregierung zum Thema Bürokratieabbau finden Sie im Maßnahmenkatalog der IV-Vorarlberg.

IV-Präsident Hartmann im ORF: Österreich exportiert Arbeitsplätze

In „Neues bei Neustädter“ forderte IV-Präsident Hartmann entschlossene Maßnahmen gegen hohe Kosten und den Abbau bürokratischer Hürden. Auch seien Investitionsanreize notwendig, um unseren Standort zu sichern; Handelsabkommen wie Mercosur können laut Hartmann bis zu 32.000 Jobs schaffen.

Die Industrie schlägt Alarm – und das mit gutem Grund. In der ORF-Vorarlberg-Radiosendung „Neues bei Neustädter“ sprach IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann am 21. August über die zunehmend angespannte Lage der heimischen Wirtschaft. Sein Appell ist klar: Wenn wir nicht rasch gegensteuern, riskieren wir nachhaltigen Wohlstandsverlust.

Österreich exportiert Arbeitsplätze
„Alle reden von Transformation – aber viele Betriebe kämpfen längst ums wirtschaftliche Überleben“, betonte Hartmann. In den letzten zwei Jahren seien in Österreich rund 60.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Das sei nicht nur ein Alarmsignal, sondern ein klarer Beleg dafür, „dass wir die zentralen Herausforderungen nicht in den Griff bekommen“. Hohe Energiepreise, zunehmende

Regulierung, lange Verfahren und internationale Unsicherheiten wie die Zölle von US-Präsident Trump seien eine gefährliche Mischung – mit realen Folgen: Produktionsverlagerungen ins Ausland nehmen spürbar zu.

Hartmann fordert daher eine Trendumkehr in der Standortpolitik: „Was wir jetzt brauchen, ist eine unternehmerfreundliche Stimmung – nicht nur in Sonntagsreden, sondern im täglichen Handeln von Verwaltung und Politik.“

Konkret brauche es:

- Investitionsanreize, damit Unternehmen nicht länger aus Österreich abwandern, sondern hier investieren.
- Den Abbau bürokratischer Hürden und schnellere Verfahren – besonders bei strategischen Energie- und Betriebsprojekten.
- Eine klare politische Haltung für den

Wirtschaftsstandort anstatt eines lähmenden „Weiter so“.

Auch internationale Märkte gehören stärker ins Blickfeld: Das Mercosur-Abkommen, so Hartmann, könne bis zu 32.000 neue Jobs schaffen – wenn man es nicht ideologisch

blockiert, sondern strategisch nützt. Die zentrale Botschaft des Interviews lautet: Standortsicherung ist kein Selbstläufer. Sie braucht Veränderungsbereitschaft, Tempo; und den Mut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen. Denn die Industrie will – wenn man sie lässt.



Industrie im Ländle produziert immer energieeffizienter

Bei Umwelt und Klima ist Vorarlbergs Industrie ein aktiver Teil der Lösung. Dadurch, dass die Industriebetriebe ihre Energieeffizienz kontinuierlich verbessern, werden Umwelt- und Klimaschutz gestärkt. Das zeigt sich auch ganz klar im aktuellen Monitoringbericht des Landes Vorarlberg.

Vorarlbergs Industrie wird immer energieeffizienter – siehe Grafik

- BLAU: Zwischen 2005 und 2023 wuchs der Produktionsindex um 81 Prozent.
- ORANGE: Gleichzeitig stieg der Energieverbrauch lediglich um 7 Prozent.
- GRAU: Dadurch ging der relative Energieverbrauch auf 59 Prozent des Ausgangswerts von 2005 zurück.

Bevölkerung und Wirtschaft werden im Ländle durch die Industrie geprägt

- Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hat kein anderes Bundesland Österreichs mehr Beschäftigte in der Industrie als Vorarlberg.
- Auch der Anteil der Bruttowertschöpfung liegt in Vorarlberg durch die Beschäftigten in der Industrie mit rund 40 Prozent an der Spitze aller Wirtschaftszweige.
- Die Industrie (produzierendes Gewerbe, Bau und Energie inklusive) ist auch klar der größte Arbeitgeber – jeder dritte Arbeitsplatz im Ländle.

Industrieland Vorarlberg

Die Grundvoraussetzung für Wohlstand,

Beschäftigung und Wachstum einer Region ist eine hohe Industriequote. Das spiegelt sich auch in der Entwicklung Vorarlbergs – vom armen Agrarland vor rund 120 Jahren zum erfolgreichen Industrieland heute – und dem direkt damit verbundenen Wohlstand seiner Bevölkerung wider.

Nachhaltigkeit und Verantwortung

Bekanntlich sind Klimaschutzmaßnahmen am besten, wenn der Wohlstand nicht darunter leidet. Vorarlbergs Industrie steht für Nachhaltigkeit und Verantwortung: Durch ein kontinuierliches Verbessern ihrer Energieeffizienz leistet die Industrie – bei einer deutlich gestiegenen Produktivität – einen starken Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Entkoppelung

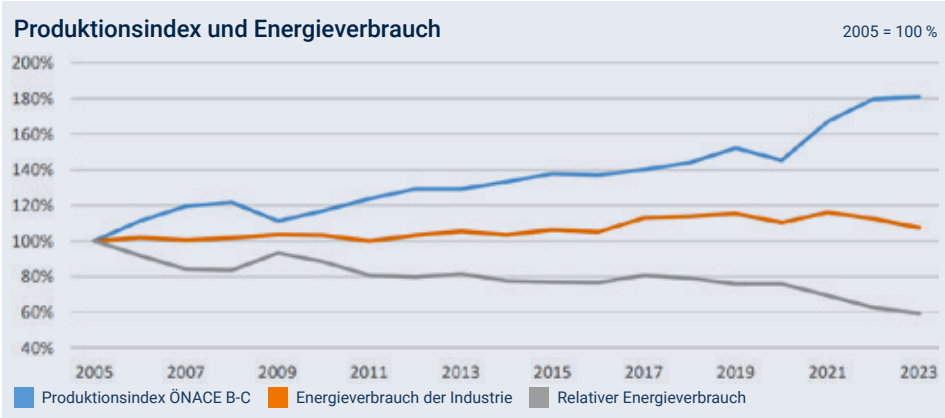
In den letzten Jahren ist im Bundesland Vorarlberg das Wirtschaftswachstum – und damit der Wohlstand – um ein Mehrfaches stärker angestiegen als der Energieverbrauch. Die aktuellsten Zahlen aus dem „Monitoringbericht zur Energieautonomie+ 2030“ des Landes Vorarlberg (Ausgabe 2025 – Datenstand 2023,

Seite 53) zeigen diese Entkoppelung ganz deutlich:

- Die Produktion der Vorarlberger Industrie stieg von 2005–2023 um 81 %.
- Zugleich stieg der Energieverbrauch der Vorarlberger Industrie nur um 7 % an.
- Somit konnte der Energieverbrauch pro Produktionsoutput auf 59 % des Ausgangswerts von 2005 gesenkt werden.
- Und das bei einer Verdoppelung der Wirtschaftsleistung Vorarlbergs – bei einer Zunahme der Bevölkerung um 80.000 Personen.

Kein Gegeneinander

„Unsere Industrie in Vorarlberg ist somit eindeutig ein Vorreiter, was die Energieeffizienz anbelangt. Sie ist damit ganz klar ein aktiver Teil der Lösung und nicht des Problems“, so IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann. Diese Zahlen unterstreichen, dass in Vorarlbergs Unternehmen Verantwortung sehr ernst genommen wird – und zwar nicht nur die soziale und die gesellschaftliche, sondern auch die ökologische Verantwortung; und das nicht durch Verbote, sondern durch Innovation.



Konjunkturumfrage Q2 – keine Trendumkehr in Sicht

Geschäftsklima-Index der Vorarlberger Industrie von 33 Unternehmen mit 24.000 Beschäftigten – keine Trendumkehr in Sicht: Industrie tritt auf der Stelle – Stabilisierung ohne Dynamik – aktuelle Geschäftslage bleibt schwach, kein Optimismus in Sicht – Beschäftigtenabbau in der Industrie setzt sich fort.

Konjunkturumfrage für das zweite Quartal 2025 – Fazit

Die Geschäftslage bleibt schwach, von Optimismus keine Spur.

- Vorarlbergs Industrie stagniert auf dem Niveau von vor drei Jahren.
- Bei einer Konjunkturprognose von nur +0,2 Prozent droht nach der Rezession nun echte Stagnation.
- Unsere Wettbewerbsfähigkeit gerät massiv unter Druck: Seit 2019 sind in Österreich rund 74.000 Industriejobs verloren gegangen, seit 2021 die Lohnstückkosten um über 30 Prozent gestiegen – profitiert hat vor allem der Staat.
- Vorarlberg spürt das deutlich.

Was braucht unsere Industrie?

Die Industrie ist der größte Arbeitgeber, der verlässlichste Steuerzahler und der stärkste Innovationsmotor im Land. Sie schafft Wertschöpfung, bildet Fachkräfte aus, exportiert in die ganze Welt und trägt maßgeblich zum Wohlstand in Vorarlberg bei. Doch trotz dieser Rolle wird ihr nicht immer mit Respekt begegnet, sondern zunehmend mit Vorschriften, Kosten und politischen Zumutungen. Dabei ist klar: Wer Industrie will, muss Wettbewerbsfähigkeit

ermöglichen. Und genau daran fehlt es derzeit an allen Ecken und Enden.

Lohnentwicklung

Ein zentrales Thema ist die Lohnentwicklung. Die Industrie war in den letzten Jahren stark belastet – durch Energiepreise, Lieferengpässe, Investitionszurückhaltung und sinkende Auftragseingänge. Gleichzeitig sind die Lohnstückkosten in Österreich seit 2021 um über 30 Prozent gestiegen – mehr als doppelt so stark wie in Deutschland und mehr als viermal so stark wie in Italien. Es ist wirtschaftlich schlicht nicht verkraftbar, wenn es jetzt zu weiteren überzogenen Gehaltsforderungen kommt. Was es braucht, sind maßvolle, verantwortungsbewusste Abschlüsse, die Arbeitsplätze sichern und Standortverlagerungen verhindern – nicht kollektivpolitische Maximalforderungen, die genau das Gegenteil bewirken.

Bürokratieabbau

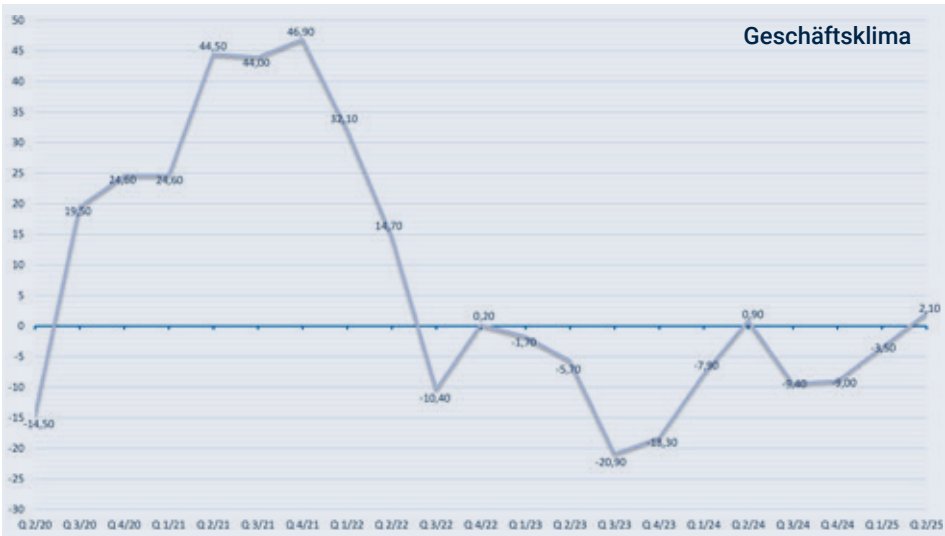
Zugleich lässt sich Wettbewerbsfähigkeit auch ohne staatliche Kostenexplosion stärken; etwa durch entschlossenen Bürokratieabbau. Während über Förderprogramme diskutiert wird, kostet uns die Bürokratie jede Woche Zeit, Geld und

Innovationskraft. Dabei wäre die Lösung simpel – und für den Staat haushaltsneutral: schlankere Verfahren, digitale Genehmigungsprozesse, einheitliche Standards. Gerade in einer Zeit, in der jeder Euro zählt, ist Bürokratieabbau die billigste Entlastung, die der Staat der Industrie bieten kann.

Industriepolitik ist Standortpolitik

Standortpolitik ist Wirtschaftspolitik für die

Mitte: für Familien, die vom Arbeitsplatz in der Produktion leben, für Gemeinden, deren Schulen, Straßen und Pflegeeinrichtungen aus Industrieerträgen mitfinanziert werden – und für den Staat, der sich nur dann Gestaltungsspielraum leisten kann, wenn echte Wertschöpfung im Land bleibt. Es geht um das wirtschaftliche Fundament unseres Landes – und darum, ob wir in zehn Jahren noch sagen können: Wir produzieren in Österreich, für Europa und die Welt.



JUNGE INDUSTRIE: E-BIKE-TOUR UND KAMINGESPRÄCH MIT HUBERT BERTSCH SENIOR

Am 11. Juli startete die JI-Vorarlberg mit voller Power ins Wochenende – und das auf zwei Rädern: Bei mildem Sommerwetter ging es gemeinsam per E-Bike auf



die Alpe Parpfienz im Brandnertal. Neben der sportlichen Herausforderung stand der persönliche Austausch im Fokus: Bei einer Führung durch die Sennerei, Brettljause und anschließendem Luftdruckgewehrschießen war für Abwechslung und Gesprächsstoff gesorgt. Höhepunkt des Tages: ein exklusives Kamingespräch mit Hubert Bertsch sen., Eigentümer der Bertsch Holding GmbH. In gemütlicher Atmosphäre im Hotel Valavier sprach er offen über seine unternehmerische Reise, seine Learnings und seine Vision für die Industrie in Vorarlberg. Ein Tag voller Energie, Austausch und Inspiration – ganz im Sinne der Jungen Industrie.

DIE JUNGE INDUSTRIE ZU BESUCH BEI CARINI

Was macht ein Etikett zu mehr als nur einem Informationsträger? Dieser Frage ging die Junge Industrie am 15. Juli beim CARINI-Betriebsbesuch in Lustenau nach. Das traditionsreiche Familienunternehmen zählt heute zu den europaweit führenden Betrieben für innovative Etikettenlösungen auf höchstem Qualitätsniveau – mit Kunden aus Branchen wie Lebensmittel, Kosmetik, Pharma und Industrie.

Nach einer spannenden Unternehmenspräsentation durch die GF Simon Sohm, Michael Dür und Christian Zoll gab es exklusive Einblicke in die hochmoderne Produktion. CARINI verbindet seit

über 86 Jahren technologische Exzellenz mit Designkompetenz und Innovationsgeist. Den Ausklang bildete ein Get-together mit Snacks und Drinks – samt Zeit für Austausch und Networking.



Technik, Handwerk und Forschergeist

Mit ihrem von der IV-Vorarlberg unterstützten Feriencamp „Abenteuer, Technik & Handwerk“ hat die „Wirtschaft im Walgau“ wieder voll ins Schwarze getroffen: Insgesamt 160 Kinder von acht bis zwölf erlebten in Bürs, Nüziders, Frastanz und Nenzing jeweils eine Woche voller spannender MINT-Erlebnisse.

Technik zum Angreifen – Handwerk hautnah erleben

Ganz im Sinne von „Bauen, Forschen, Ausprobieren, Konstruieren“ hatte das Feriencamp ein cooles Programm, das richtig Spaß machte. Die Kinder tauchten ein in die Welt von Technik, Naturwissenschaft und Handwerk – mit Robotik-Workshops, Werkstattbesuchen, kreativen Experimenten und vielem mehr. Ob mit LEGO Education SPIKE, Blue-Bots, den Walgauer Experimenten oder den Konstruktionsboxen – überall wurde geschraubt, programmiert, getüftelt und gestaltet. Von Langeweile war keine Spur.

Vielfältige Stationen weckten Neugier und Forschergeist

Die Kinder blickten hinter Unternehmenskulissen: Bei Gantner Electronic, Wagner, Fliesenpool, E-Werke Frastanz, REISCH und Lehm-Werkstatt Rauch konnten sie vor Ort kreativ werden und anschließend ihre selbst gemachten Werke mit nach Hause nehmen.

IV-Vorarlberg als verlässlicher Partner für MINT-Nachwuchs

Die „Wirtschaft im Walgau“ setzt mit dem Feriencamp ein starkes Zeichen für die Förderung junger Talente und die Attraktivität technischer und handwerklicher

Berufe – praxisnah, kindgerecht und zukunftsorientiert. Die IV-Vorarlberg hat diese wichtige Initiative auch heuer – wie bereits in den vergangenen

Jahren – wieder finanziell unterstützt und steht damit klar hinter dem Ziel, Forschergeist und Begeisterung für Technik bei Kindern frühzeitig zu wecken.



ACHTUNG: IV-VORARLBERG MIT NEUEN TELEFONNUMMERN!

Bekanntlich zieht die Industriellenvereinigung Vorarlberg im Herbst um. Ab 1. Oktober haben wir keinen Festnetzanschluss mehr. Sie erreichen uns unter folgenden neuen Telefonnummern:

- +43 664 3824 712 Gabriele Gruber
- +43 664 3824 713 Elisabeth Häfele
- +43 664 3824 720 Karlheinz Kindler
- +43 664 3824 721 Nina Ernst



59. „INNOVATION(NIGHT“ (25. SEPTEMBER)

Über den moralischen Kompass von Managern und darüber, warum eine rein wirtschaftliche Denkweise nicht ausreicht,

wenn es um fundierte Entscheidungen geht, referiert der Ethik-Professor und gebürtige Vorarlberger Martin Kornberger.



WEBTIPP

Competence Center RHEINTAL Lustenau, 18:30 Uhr Beginn



42. VORARLBERGER WIRTSCHAFTSFORUM (6. NOVEMBER) – INNOVATION, KI, POLITIK, FINANZEN

Mit Elmar Hartmann (IV), Karlheinz Kopf (WKV), Isabel Russ („VN“), Franz Schellhorn (Agenda Austria), Sebastian Matthes

(„Handelsblatt“), Ex-Bundespräsident Christian Wulff (D), Extrembergsteigerin Gerlinde Kaltenbrunner u. a.



WEBTIPP

Festspielhaus Bregenz, 8:30 Uhr Frühstück, 9:30 Uhr Beginn